

Sozialdemokratischer Pressedienst

Herausgeber und Chefredakteur:
Erich Mitringshaus, Berlin.
Fernsprecher: Ami Dönhoff 4196/4198



Anschrift für Verlag und Schriftleitung:
Berlin S B 61, Belle-Alliance-Platz 8
Drachenausschnitt: Copadienst

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Vereinbarung gestattet. Abdruckung beiderseits 4 Beugen vor dem Druckfertigwerden, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erfüllungsort für beide Teile ist Berlin.

Berlin, den 4. Oktober 1930

Brief aus der Mandchurei.

von Emil Vandervelde.

Int. Institut
Soc. Geschiedenis
Amsterdam

SPD. Charbin, russische Stadt auf chinesischem Gebiet, Anfang September:

Unter allen vielen Reisen, die ich in den letzten Jahren gemacht habe, dürfte unsere Durchfahrt durch die Sowjetunion die einzige gewesen sein, bei der mich die Kommunisten mit ihren übrigens recht harmlosen Kundgebungen verschont haben. Ob in Montevideo oder in Buenos Aires, in Tel-Avis, in Prag oder in Warschau, stets fanden sich kleine Ansammlungen von mehr oder minder aufgeregten Menschen, um mich mit den rituellen Beschimpfungen zu bedenken oder Flugblätter zu verteilen, in denen wir als "Sozialpatrioten" oder als "Sozialverräter" entlarvt wurden. In Sowjet-Russland dagegen absolute Stille. In den acht Tagen, die wir in Moskau verbracht haben, ebenso wie während unserer langen Fahrt durch Sibirien zeigten alle die, mit denen wir zu tun hatten, nur das höflichste Entgegenkommen; und hätte ich nicht im Moskauer Revolutionsmuseum mein Bild in der Abteilung der "Sozialpatrioten" in der sehr ehrenvollen Gesellschaft von Pleekanoff und Jules Guesde gesehen, hätte man mir nicht im Marx-Engels-Institut die vollständige Sammlung alles dessen selbstgefällig vorgelegt, was ich an Büchern, Broschüren, Zeitungsartikeln über den Marxismus seit bald 40 Jahren verfasst habe, so hätte ich mich wirklich fragen können, ob man in den Kreisen der Sowjet-Regierung mit Ausnahme einiger Beamten von meiner Anwesenheit, und sogar von meiner politischen Existenz überhaupt eine Ahnung hatte.

Welch ein Unterschied zwischen diesem Incognito und der Ankunft in Charbin jenseits der Grenze der Sowjetunion! Charbin ist bekanntlich die erste wichtige Stadt am Ende der Transsibirischen und an der Ostchinesischen Bahn. Dort ist im vergangenen Jahr eben wegen der gemeinsamen Verwaltung dieser chinesisch-russischen Bahn gekämpft worden. Heute ist der gemeinsame Bahnbetrieb wieder aufgenommen. Auf der Grenzstation von Mandchuli erblickt man auf derselben roten Fahne den weissen Stern auf blauem Grunde des Kuomintang und das Hammer- und Sichel-Wahrzeichen der Sowjets. Dort wurden wir von Beamten der USSR., deren Tracht der britischen Marineoffiziersuniform ähnelt, zum Zuge geleitet. Hingegen waren die chinesischen Verwalter vollzählig auf dem Bahnsteig in Charbin zu unserem Empfang anwesend. Aber sie sind bei weitem nicht allein. Neben ihnen stehen der japanische Konsul und der Vertreter der japanischen südmandschurischen Bahnverwaltung, da die Bahn im Süden auch durch japanisches Einflussgebiet führt; ferner die Konsuln Frankreichs und Belgiens; Zionisten - denn es gibt in Charbin 12 000 Juden, ehemalige russische Staatsangehörige, - die mich dringend ersuchen, noch am selben Abend einen Vortrag über Palästina zu halten (!); endlich und vor allen Russen aller Schattierungen - weisse, "radieschenfarbige" (aussen rot, innen weiss), Sozialrevolutionäre, Delegierte der Bauernjugend, Arbeiter der industriellen Werke, Vertreter aller denkbaren

und undenkbar politischen Gruppen, mit Ausnahme natürlich der sowjetistischen Organisationen. Man liest uns Kundgebungen vor, ersucht uns um Verabredungen - kurz und gut, von den 48 Stunden, die wir in Charbin verbringen, müssen wir mehr Zeit auf die Abweisung unbequemer Besucher verwenden als uns für die Besichtigung der Stadt übrig blieb.

Vom touristischen Standpunkt aus haben wir übrigens dabei nicht viel verloren. Charbin liegt zwar in China, aber ist nicht China; es ist noch Russland, oder vielmehr es ist noch immer Russland, das Russland der vorrevolutionären Zeit, die einzige Stadt der Welt, in der man sich noch bis zu einem gewissen Grade einen Begriff davon machen kann, wie eine russische Stadt unter dem alten Regime ausgesehen haben mag.

Es gibt nämlich hier, ausser den Juden, etwa 80 000 Russen, von denen ungefähr die Hälfte Bürger der Sowjetunion sind, die namentlich zu der Bahnverwaltung gehören, während die anderen Flüchtlinge, Emigranten sind, oder zu jeher altrussischen Kolonie gehören, die Charbin - vormals nur ein klägliches mongolisches Dorf - vor dreissig Jahren gegründet haben.

Daneben gibt es natürlich Chinesen, sogar eine Mehrheit von Chinesen und die gegenwärtige Verwaltung ist chinesisch; aber zweifellos sind die Russen, die alteingesessenen Russen, tonangebend. Und wenn man abends in den grossen Geschäftsstrassen spazieren geht, begegnet man oft eleganten, oft auch sehr hübschen Frauen, oder Offizieren mit abgetragenen Uniformen und dem Kreuz des Skt. Georg - so dass man sich mühelos einreden kann, dass man, anstatt in Charbin, in den Strassen Petersburgs oder Moskaus um das Jahr 1914 lustwandelt.

Wenn aber auch das Äusserliche glänzt, so bleibt dennoch die Wirklichkeit ziemlich trübe. Die Bettelei, die man im Moskauer Stadtbild kaum mehr antrifft, breitet sich hier in den hässlichsten Formen aus. Die mehr oder weniger vergoldete Prostitution ist weitverbreitet. Die Emigranten müssen, um zu leben, jede Arbeit annehmen. Der reizende Fürst O., der uns heute abend mit der Grosszügigkeit eines ehemaligen russischen Hochadligen in der Stadt herumführt, lebt von seiner Tätigkeit als kleiner Redakteur eines offiziösen russisch-chinesischen Blattes: "Ich kann mich darüber nicht beklagen," sagt er uns. "Wenn mich die russische Revolution meiner Güter nicht beraubt hätte, so hätte ich mein ganzes Leben lang eine nichtstuende und überflüssige Existenz geführt. Heute kenne ich die Genugtuung, mein Brot selbst zu verdienen."

Aber nicht alle verfügen über diese philosophische Betrachtungsweise. Zwei Tage lang hörte ich ein wahres Konzert von bitteren Klagen all derer, die dem Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterinternationale ihr Leid vortragen wollten.

Schon auf dem Bahnhof in Charbin wünschten, unter vielen anderen, Delegierte jener deutschen Kolonisten, die kürzlich aus Russland eingetroffen waren, der öffentlichen Meinung in Europa mitzuteilen, warum ihnen das Leben in der Sowjetunion unmöglich gemacht worden war. Aber man kennt ja schon in Europa ihren Leidensweg durch ihre Landsleute, die nach Polen und Deutschland gelangt sind.

Es war auch ein besonders bewegender Anblick, als zugleich mit bärtigen Arbeitern und Muschiks aus den Vororten Charbins drei Bergarbeiter des Amur-Beckens eintrafen, die mehrere hundert Kilometer zurückgelegt hatten, um eine Botschaft an die Sozialisten Europas zu übergeben. Ich höre noch, wie ihr Wortführer in jener Hotelhalle, wo chinesische Gentlemen ihre Kocktails schlürften, wo weissrussische Emigranten ihre ewigen Zigaretten rauchten, mir vielleicht allzu pathetisch und doch eindrucksvoll erklärte, welch elendes Leben sie führen müssten, weitab von dem heimatlichen Boden, wo sie 1917 geglaubt hatten, dass ihnen die Revolution die Freiheit bringen würde.

Aber vom politischen Gesichtspunkt aus gibt es unter all den mir übergebenen Dokumenten vor allem eines, über das ich versprochen habe, zu berichten und dessen Wortlaut ich der Sozialistischen Arbeiterinternationale übermitteln werde, denn es enthält hochbedeutsame Angaben über die Lage der

Russischen Sozialrevolutionären Partei in der Mandschurei.

Die S.R.'s beklagen sich wörtlich, dass sie zwischen der weissen Reaktion und den Kommunisten "wie zwischen Hammer und Amboss" liegen. Man gewährt ihnen zwar in der Mandschurei Gastfreundschaft, jedoch mit der strengen Massgabe, dass sie jede offene politische Aktion unterlassen, offenbar mit Rücksicht auf den gefährlichen Nachbarn im Westen. Sie besitzen sozusagen keine Zeitung. Die einzigen zugelassenen Arbeiterorganisationen sind die paar Eisenbahnverbände, die der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossen sind. Unter den 50 000 russischen Arbeitern in der Mandschurei bleibt die sehr grosse Mehrheit ohne Schutzorganisationen und man sieht für die nächste Zukunft keine Möglichkeit der Besserung.

Man sollte übrigens nicht meinen, dass bei den S.R.'s. von Charbin die Feindschaft gegen das Sowjetregime gleichbedeutend sei mit dem Wunsche, den russischen Einfluss in der Mandschurei auszuschalten oder zu verringern. Sehr bezeichnend für ihre Einstellung ist folgende Stelle ihrer Botschaft an die Exekutive der SAI:

"Kürzlich hat die Internationale eine Resolution bezüglich der chinesisches-russischen Beziehungen beschlossen. Diese Resolution fordert die Beseitigung des gesamten russischen Einflusses auf die ostchinesischen Bahnen. Wir Russen, die in der Mandschurei fast 100 000 Mann stark sind, kennen die örtlichen Lebensbedingungen genau, die schwer gefährdet sein würden, wenn eine solche Resolution Wirklichkeit würde. Es genügt der Hinweis, dass die Beseitigung des gesamten russischen Einflusses auf eine Bahn, die mit russischem Gelde gebaut worden ist, einen gefährlichen Nachteil für die historischen und politischen Belange in der Mandschurei und in ganz China bedeuten würde, zum ausschliesslichen Vorteil einer anderen Macht, deren Vorherrschaft noch viel schlimmer wäre."

Genau vor 25 Jahren stiessen die russischen und die japanischen Heere auf den Kaoliangfeldern (Hirsefeldern) der Mandschurei zusammen. Die Gegensätze haben sich sicher nicht verringert. Auf dem Rücken der Chinesen stehen sich die Russen und die Japaner hartnäckig, wenn auch höflich, gegenüber. Es ist immerhin bemerkenswert, dass trotz aller ihrer Klagen gegen das bolschewistische Regime die Sozialrevolutionäre der Mandschurei immer noch den Einfluss der USSR. dem japanischen Einfluss vorziehen.

Und was die Chinesen betrifft, so dürften wir noch oft Gelegenheit haben, zu erfahren, was sie darüber denken. Aber es ist schon jetzt nicht allzu schwer, ihre Meinung zu erraten.

SPD. Paris, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Arbeiten zur Gewinnung elektrischer Kraft aus der Temperaturdifferenz des Meerwassers, die Professor Claude in Havana unternommen hatte, haben ihren ersten Erfolg gezeitigt. Claude ist es gelungen, eine elektrische Kraft von 20 Kilowatt zu erhalten, was er mit Rücksicht auf den nur sehr geringen Temperaturunterschied für sehr zufriedenstellend hält.

SPD. Kiel, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Nach den aussenpolitischen Kundgebungen der Nationalsozialisten, die die Deutschen in Tirol preisgeben, und ausserdem eine Verständigung mit den englischen Deutschenhassern feststellen, versuchen sie jetzt, auch ähnliche Beziehungen zu den Nationalisten Dänemarks herzustellen. Dänische Blätter wissen zu melden, dass von Holstein aus Beziehungen zu dänischen Nationalsozialisten aufgenommen worden sind, die den Zweck haben, Beunruhigungen Dänemarks über das Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen zu beschwichtigen.

"Kommende nationalsozialistische Minister sollen sich nicht nur für ein gutes Verhältnis zu Dänemark, sondern auch für die Anerkennung der Grenze ausgesprochen haben. Ein dänischer Nationalsozialist hatte kürzlich eine Konferenz mit Dr. Goebbels, in der von dem nationalsozialistischen Führer betont worden sei, dass das nationalsozialistische Ziel ein gemeinsamer Bund zwischen England, Skandinavien und Deutschland sei und weiter auf ein Bündnis mit Italien und mit Polen hinziele. Die Heuchelei der nationalsozialistischen Politik kommt auch hierbei wieder zum Ausdruck, Sie haben ihre Agitation betrieben gehabt mit einer wüsten Hetze gegen das Ausland, aber schon ihr erster Erfolg veranlasst sie, dem Ausland gegenüber alle kriegerische Politik abzuschwören, und sich als regierungsfähig hinzustellen."

SPD. Paris, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Entschliessung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird von der gesamten Pariser Presse als die erste politische Tat seit dem Wahltag vom 14. September gewertet, von der endlich eine Klärung der heillos verworrenen innerpolitischen Lage zu erwarten sei. In fast allen Kommentaren erfährt der Gegensatz zwischen der vorbildlichen Haltung der Sozialdemokratie, die bei voller Wahrung ihrer politischen Prinzipien der Demokratie und der internationaler Friedenspolitik ein grosses Opfer gebracht habe, und dem kurzsichtigen Egoismus der bürgerlichen Rechts- und Mittelparteien, die unbekümmert um das Interesse des Landes die Bildung einer tragfähigen Regierungsmehrheit unmöglich gemacht hätten, starke Unterstreichung.

Über die weitere Entwicklung der Dinge gehen allerdings die Auffassungen hier noch weit auseinander. Der "Temps" glaubt, dass der Beschluss der SPD die Türen zu notwendigen Verhandlungen über die Grosse Koalition geöffnet hätte. Der "Paris Midi" vermag trotz der von kluger Zurückhaltung und staatsbürgerlichem Mut bestimmten Haltung der SPD noch keinen Ausweg aus der innerpolitischen Wirrnis zu sehen. Selbst wenn man die SPD dazu bringen könne, schreibt das Blatt, sich bei der Endabstimmung über das Finanzprogramm Brünings der Stimme zu enthalten, was zweifelhaft erscheine, wenn die SPD mit ihren Abänderungsanträgen nicht durchdringe, stehe Brüning mit den 185 Stimmen seiner Koalition immer noch einer Oppositionsmehrheit von 225 Stimmen gegenüber. Dass aber Brüning vielleicht einige Stimmen der Hugenberg- und Hitlerpartei für sich einfangen könne, sei kaum anzunehmen.

SPD. Reichsaussenminister Dr. Curtius erstattete am Sonnabend dem Reichskabinett eingehenden Bericht über die Genfer Völkerbundsversammlung. Reichskanzler Dr. Brüning sprach dem Reichsaussenminister und der ganzen deutschen Delegation den Dank der Reichsregierung für die diesmal unter ganz besonders schwierigen Verhältnissen geleistete Arbeit aus. Eine sachliche Aussprache über das erstattete Referat wird im Laufe der nächsten Woche im Reichskabinett erfolgen.

Alsdann trat das Reichskabinett in eine politische Aussprache ein, in welcher der Reichskanzler über seine Besprechungen mit den Parteiführern berichtete; Beschlüsse wurden nicht gefasst.

SPD. Bochum, 4.Okt. (Eig.Drahtb.)

In Mühlheim an der Ruhr hat sich die Gauleitung der NSDAP genötigt gesehen, die Sturmabteilung aufzulösen, weil sich diese in einer Sitzung, die gestern spät abends stattfand, der Absetzung ihres Kommandanten widersetzte. Dieser hat sich bei der Parteileitung missliebig gemacht, weil er Leute in die Sturmabteilung aufnahm, die den Bedingungen nicht entsprachen, mit seinen Freunden grosse Zechgelage abhielt und auch anscheinend mit Fehlbeträgen in der Kasse arbeitete. Als der Versammlung die Absetzung bekanntgegeben wurde, erhob sich ein grosser Tumult. Die SA-Leute liessen sich von der Notwendigkeit der Absetzung nicht überzeugen, sodass der Gauleitung nichts anderes übrig blieb, als die gesamte Sturmabteilung aufzulösen.

SPD. Der Aeltestenrat des Preussischen Landtags wird am Montag, dem 6. ds.Mts. zusammentreten, um sich über die parlamentarische Behandlung des von den Kommunisten eingebrachten Urankrages schlüssig zu werden, der dem Preussischen Gesamtministerium das Vertrauen entziehen will. Es ist in Aussicht genommen, mit der Beratung dieses Antrages zu verbinden die Besprechung der Anträge der Wirtschaftspartei und der Kommunisten über die Auflösung des Landtags, der Deutschnationalen und der Kommunisten über die parteipolitische Betätigung der Beamten, des Urankrages der Nationalsozialisten wegen des gegen die N.S.D.A.P. erlassenen Uniformverbots, sowie des kommunistischen Antrages, der die Aufhebung der auf Grund der Verordnung des Reichspräsidenten ergangenen preussischen Erlasses fordert. Die Besprechung der Misstrauensantrages muss so erfolgen, dass nach Massgabe der Verfassung am 16.Oktober namentlich über ihn abgestimmt werden kann.

SPD. Frankfurt/M. 4.Okt. (Eig.Drahtb.)

Der Bundestag der Deutschen Friedensgesellschaft wurde heute im Paradesgarten eröffnet. Der Vorsitzende Generalmajor a.D. von Schönaich betonte, dass es Aufgabe der Friedensfreunde sei, den Kampf gegen den Krieg zu organisieren. Aus dem Geschäftsbericht ergab sich, dass die Mitgliederzahl eine Steigerung erfahren hat und 14 875 beträgt. Die Zahl der Ortsgruppen beträgt 572, die der Landesverbände 14. Nachdem Sekretariate und Landesverbände ihren Tätigkeitsbericht erstattet hatten, erfolgte die Aussprache über den Geschäftsbericht.

Anlässlich des Bundestages der Deutschen Friedensgesellschaft fand am Freitag Abend im Palmengarten ein Begrüssungsabend statt.

SPD. Sofia, 4.Okt. (Eig.Drahtb.)

Amtlich verlautbart, dass dieser Tage die Verlobung König Boris mit der italienischen Prinzessin Giovanna vollzogen wurde. Die Verlobung sowie die angeblich in Kürze bevorstehende Heirat müssen besondere Aufmerksamkeit beanspruchen, sie sind ein deutliches Sinnbild dafür, dass Bulgarien völlig ins faschistische Kielwasser geraten ist, wovon die Linkskreise ständig dringend gewarnt haben.

SPD. Havanna, 4. Oktober (Eig. Drahtber.)

Der kubanische Kongress wurde unter schwerem militärischen Schutz eröffnet. Die Annahme der Regierungsforderungen auf Aufhebung der Verfassungsgarantien ist kaum zweifelhaft. Die Regierung erklärt beruhigend, dass die Anwendung von Sondervollmachten nur im Notfall geplant sei. In Washington betrachtet man die kubanische Krise und die diktatorischen Massnahmen des Präsidenten Machado mit gemischten Gefühlen. Eine Intervention ist nicht beabsichtigt, jedoch ist der amerikanische Botschafter zu schärfster Beobachtung angewiesen.

SPD. Paris, 4. Oktober (Eig. Drahtber.)

Die Pariser Droschkenchauffeure haben eine Delegation zum Arbeitsminister Lavalle entsandt mit der Bitte, ihnen im Kampf gegen die Garagen- und Autobesitzer, deren Wagen sie fahren, beizustehen. Es handelt sich hierbei für die Chauffeure hauptsächlich darum, in den Genuss der Sozialversicherungsgesetze zu gelangen, um deren Früchte sie von den Mietsgesellschaften gebracht zu werden drohen. Die Gesellschaften haben sich nämlich auf den Standpunkt gestellt, dass Chauffeure keine Arbeiter seien, sondern "Mieter von Automobilen", für die sie nicht verpflichtet seien, irgendwelche soziale Lasten zu tragen. Bei der gleichen Gelegenheit haben die Chauffeure wieder die Forderung aufgestellt, bei der Ausübung ihres Berufes zum Schutz gegen die häufigen Ueberfälle Waffen mitzuführen. Der Arbeitsminister hat der Gewerkschaftsdelegation seine vollste Unterstützung zugesagt.

SPD. Warschau, 4. Oktober (Eig. Drahtber.)

Der polnische Sejmarschall Daszynski hat in der vorigen Woche einen Brief an den Staatspräsidenten gerichtet, der am Sonnabend abend veröffentlicht wurde. Er übt darin schärfste Kritik an den Massnahmen Pilsudskis, weist offen auf die Gefahren der Diktaturpolitik hin und erinnert schliesslich den Staatspräsidenten persönlich an seine Verantwortung für die Durchführung freier Wahlen. Daszynski erklärt, Polen stände dicht vor der Anarchie, am Rande des Abgrundes. Er äussert sich dann deutlich über die Verhaftung der Oppositionsführer und weist auf die Blutopfer der politischen Kämpfe im Lande hin. Die Willkür der Verwaltung habe allgemeine Rechtsunsicherheit geschaffen. Die wirtschaftliche Lage sei ernst. Eine Luftreinigung durch die Neuwahlen sei unmöglich, wenn nicht Freiheit und Sauberkeit des Wahlkampfes und des Wahlaktes gesichert wären. Der Brief schliesst mit einem Appell an das Gewissen des Staatspräsidenten, der bisher alle Massnahmen Pilsudskis gedeckt hat.

Inzwischen werden immer weitere Oppositionsführer verhaftet. In der Nacht vom Freitag zum Sonnabend wurde auch der Vorsitzende der polnischen freien Gewerkschaften und bekannte Landarbeiterführer Kwapinski festgenommen. Kwapinski, der auch Sejmabgeordneter war, gehörte zu den mutigsten Mitkämpfern Pilsudskis in dessen revolutionärer Zeit. Er war damals von den zaristischen Gerichten, zu sibirischer Zwangsarbeit und sogar zum Tode verurteilt worden. Die ganze Oppositionspresse weist auf die Ironie des Umstandes hin, dass jetzt solche Revolutionäre von ihrem ehemaligen Führer selbst ähnlich wie von den Schergen des Zaren behandelt werden.

Pilsudski tut inzwischen so, als ob ihn das alles nichts anginge und beschäftigt sich in einer neuen Veröffentlichung mit Einzelfragen des Staatshaushaltes.

SPD. Paris, 4.Okt. (Eig.Drahtber.)

Die internationale Diplomatenakademie in Paris hielt heute eine Trauerfeier für Stresemann ab. Vor einer Versammlung von Diplomaten aller Länder und zahlreicher Vertreter der französischen Regierung und des Parlaments würdigte der ehemalige französische Botschafter Fontenay Stresemanns Friedenspolitik und der japanische Botschafter in Paris Adaci Stresemanns Rolle im Völkerbund. Der deutsche Geschäftsträger in Paris Botschaftsrat Dr. Rieth dankte in einigen bewegten Worten. Im Anschluss an die Feier hielt der kubanische Gesandte Ferrara einen Vortrag über die panamerikanische Bewegung und ihre Parallele zur Europa-Föderation.

SPD. Washington, 4.Okt. (Eig.Drahtber.)

Der Geschäftsträger Reuben Clark ist zum amerikanischen Botschafter in Mexiko als Nachfolger Morrows ernannt worden. Clark war 1928 Unterstaatssekretär und begleitete Morrow als juristischer Berater nach Mexiko, wo er sich besonders um die Lösung der Oelprobleme verdient machte. Seine Ernennung garantiert die Fortsetzung der Morrow-Politik. Die Nachrichten aus Mexiko lassen lebhaftige Genugtuung darüber erkennen.

SPD. Köln, 4. Okt. (Eig.Drahtber.)

Auf der Zinkhütte Berzelius in Bensberg bei Köln sind seit Samstag sämtliche Arbeiter, 380 an der Zahl, ausgesperrt. Die Verwaltung des Werkes beabsichtigte, den Lohn, der bereits vor 8 Wochen herabgesetzt worden war, um weitere 10 % und die Akkorde entsprechend herunterzusetzen. Eine solche Lohnherabsetzung bedeutet, dass der Lohn der Arbeiter um insgesamt 60 bis 70 Mark monatlich seit 8 Wochen zurückgegangen wäre. Die Arbeiter lehnen einstimmig den Lohnabzug ab und beschloss mit 25 % der Gesamtbelegschaft den Streik. Als die Betriebsvertretung der Firma den Beschluss der Versammlung mitteilten und sie ersuchte, die Massnahme zurückzunehmen und Verhandlungen mit den Gewerkschaften zu führen, erklärte die Werksleitung: "Wer zu unseren Bedingungen nicht arbeiten will, ist entlassen". Sie hinderten die Arbeiter, die erschienen waren, am Beginn der Arbeit. In den der Aussperrung vorausgegangenen Verhandlungen mit den Gewerkschaftsvertretern liess sich der Vertreter der Firma zu folgender aufreizender Bemerkung verleiten: "Wenn die Hilfsarbeiter die Stunde 78 Pfennig bekommen, so ist das noch erheblich mehr, als die Erwerbslosen an Unterstützung erhalten. Die Erwerbslosen müssen mit ihrem Gelde auskommen, also müssen sich auch die Hilfsarbeiter den Lohnabzug gefallen lassen." Nach dieser Redewendung scheint es, als ob die Werksverwaltung den Arbeitern am liebsten überhaupt nur die Löhne in der Höhe der Erwerbslosenunterstützung zahlen möchte.

SPD. Paris, 4.Okt. (Eig.Drahtber.)

In Javel, einer Vorortstation von Paris, ereignete sich heute mittag ein neuer Eisenbahnzusammenstoss. Ein in Richtung Versailles fahrender elektrischer Zug stiess mit einer Rangierlokomotive zusammen, wobei ein Maschinist schwer und vier Reisende leichter verletzt wurden.

SPD. Paris, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Heute um Mitternacht wird in Frankreich die Uhr um eine Stunde zurückgestellt, d.h. wiederum auf die Normalzeit gebracht. So wohltuend dieser Zuwachs von einer Stunde für die Schlafenden ist, so unangenehm ist die Verlängerung der Zeit für die Reisenden der Fernzüge, bei denen es in vielen Fällen nicht anders eingerichtet werden konnte, als dass sie auf einer Station eine Stunde warten müssen.

SPD. Dresden, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Der Dresdener Staatsanwalt hat in Berlin einen fünften in die Betrügereien und Urkundenfälschungen der Affäre Uralzeff verwickelten und zwar den polnischen Staatsangehörigen Philipp Rifkzes verhaften und hier ins Untersuchungsgefängnis bringen lassen.

SPD. Prag, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Auf der Montag nach Schluss des tschechischen sozialdemokratischen Parteitages in Prag abgehaltenen öffentlichen Versammlung schilderte der Führer der ungarischen Sozialdemokratie Jakob Weltner die Verhältnisse unter dem Regime Horthy und Bethlen. Reaktionäre Budapester Blätter greifen Weltner, der nach 6 Jahren Emigration nach Ungarn zurückkehrt, heftig an und verlangen, dass gegen ihn wegen dieser Prager Rede die Hochverratsanklage erhoben werde. Die tschechische Sozialdemokratie erklärt, dass sie auf internationalem Wege alles was in ihrer Macht steht, unternehmen werde, um Weltner vor der Verfolgung zu schützen.

SPD. Dresden, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Bei den Verhandlungen der sächsischen Rechtsparteien über die Regierungsbildung, die heute stattfanden, gestand die Volkspartei grundsätzlich zu, dass die Nationalsozialisten das Innenministerium bekommen. Aber es sollen noch verschiedene Fragen geklärt werden, davon soll die endgültige Entscheidung der Volkspartei abhängig sein. Ferner haben die sächsischen Rechtsparteien einen empörten Brief an die Volksnationalen gerichtet, worin sie diesen Unkenntnis der sächsischen Verfassung vorwerfen, weil die Volksnationalen behauptet hatten, man wolle den Nazis die Polizei ausliefern. Dabei bezieht man sich auf die Bestimmungen der sächsischen Verfassung, dass der Ministerpräsident die gesamte Richtung der Politik bestimmt und darauf, dass das Gesamtministerium die oberen Beamten zu ernennen hat. Natürlich würden diese Bestimmungen, wenn ein Nationalsozialist Innenminister wird, praktisch auf dem Papier stehen bleiben, zumal der Innenminister ja alle unteren Polizeibeamten anzustellen und zu entlassen hat. Montag sollen die Verhandlungen weitergehen. Man will die Demokraten und die Volksnationalen, die sich bisher gegen die Bildung einer Regierung mit Nationalsozialisten gesträubt haben, durch Auflösungsdrohungen unter Druck setzen.

SPD. Wien, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Arbeiterzeitung wurde heute von der Staatsanwaltschaft konfisziert, weil sie zu einer Anzahl ausländischer Pressestimmen eine Bemerkung gemacht hat, die der Staatsanwalt als aufreihend ansieht.

SPD. Wien, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Eine Abordnung von bürgerlich freisinnigen Verbänden von Wien, in der auch der ehemalige Handelsminister Dr. Schuster, einige Vorstandsmitglieder der Wiener Handelskammer und ein grossdeutscher Abgeordneter vertreten sind, sprach heute beim ehemaligen Bundeskanzler Dr. Schober vor und bat ihn um die Genehmigung, ihn als Listenführer in Wien aufzustellen. Wie eine Extraausgabe der "Wiener Neusten Nachrichten" meldet, hat Dr. Schober sich bereit erklärt.

SPD. Wien, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Die Christlichsozialen und die Heimwehren hatten heute in Wien eine Besprechung. Es wurde beschlossen, in Wien eine gemeinsame Liste aufzustellen. Über das Verhalten der beiden Parteien in der Provinz ist noch nichts Genaues bekannt.

SPD. Wien, 4. Oktober (Eig. Drahtb.)

Am Abend hatten die Heimwehren auf dem Heldenplatz in Wien eine Kundgebung, auf der der Bundesführer und Innenminister Starhemberg eine Rede hielt. Wie die morgige Arbeiterzeitung berichtet, hat Starhemberg dabei u.a. gesagt: "Den Wienern werde ich ein gutes Rezept für den Wahlkampf geben. Sie sollen die Wahlschlacht im Zeichen Breitners führen. Erst wenn der Kopf dieses Asiaten in den Sand rollt, wird der Sieg unser sein." Dabei zeigte er mit der Hand zu Boden, während die Zuhörer wüsten Beifall klatschten.

(Schluss des politischen Teils. -- Auf Wiederhören

Montag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850).

Die "reisenden Werbeleutnants".

Notwendiges Nachwort zum Leipziger Prozess.

SPD. Die Ulmer Offiziere sind vom IV. Strafsenat des Reichsgerichts des versuchten Hochverrats für schuldig befunden worden. Das Urteil lautet auf je anderthalb Jahre Festung, also auf je ein Jahr weniger, als der Reichsanwalt in seinem Plädoyer beantragt hatte. Die noch aktiven Leutnants Scheringer und Ludin sind aus der Armee ausgeschlossen worden. Den Angeklagten fallen die Kosten des Verfahrens zur Last.

Das Leipziger Urteil ist gerecht. Wir anerkennen das Selbstverständliche, dass sich das Gericht, dessen prozessuale Methoden im Laufe der zwei Wochen der Verhandlung wiederholt scharf kritisiert werden mussten, bei der Schuldfeststellung und bei der Urteilsfindung von politischen Leidenschaften freigehalten hat. Die Situation lag eindeutig, die Angeklagten mussten verurteilt werden, wenn Recht noch Recht und Hochverrat noch Hochverrat ist, und die Angeklagten wurden verurteilt.

Die unbegreifliche Duldsamkeit, mit der im Leipziger Reichswehrprozess das republikanische System und seine beamteten Vertreter aufs hässlichste beschimpft werden durften, lässt wirklich nicht den Schluss zu, dass das Leipziger Richtergremium aus begeisterten Republikanern besteht. Aber die Leipziger Richter haben dennoch im entscheidenden Moment - im Gegensatz zu den angeklagten Reichswehroffizieren - die Politik zur Privatsache werden lassen. Sie sind im entscheidenden Moment - auch im Gegensatz zu den Angeklagten - ihrer inneren ernsten Berufsauffassung gefolgt. Als es um die Frage der Schuldfeststellung ging, waren die Richter, was sie nicht immer in diesem Prozess waren: Juristen. Und so geschah es, dass das Recht, in dessen Namen Hochverräter von links immer wieder aufs strengste verurteilt werden, nicht gebeugt wurde, wo es gegen die Nazileutnants ging. Traurig genug, dass es nötig ist, diese Feststellung zu machen. Aber wissen wir nicht, dass die rote Robe durchaus nicht immer fleckenlos blieb? Wenn wir es vergessen hätten, hätte uns einer, der während der Urteilsverkündung im Gerichtssaal sass, daran erinnert: Herr Reichsgerichtsrat Jorns.

Das Gedicht hat auch auf Dienstentlassung der aktiven Leutnants Ludien und Scheringer erkannt. Sehr richtig sagte der Vorsitzende, dass die Reichswehr keine "reisenden Werbeleutnants" gebrauchen kann. "Die Reichswehr soll ein zuverlässiges Heer zum Besten des Vaterlandes bleiben". Kein Zweifel: das Wort von den "reisenden Werbeleutnants" klingt stark kritisch und die Verurteilten werden darüber vermutlich ebenso gekränkt sein wie über die Formulierung, die in seinem Plädoyer Reichsanwalt Nagel gebrauchte: "Es geht nicht, dass das ganze Volk nach der Pfeife der Leutnants tanzt." Jawohl, die Angeklagten werden wieder beleidigt sein, und wir fürchten, dass sie nie begreifen werden, dass jene Ironie, die ihr Handeln im Tiefsten nicht mehr voll nimmt, am Platze ist. Dieser Prozess ist nämlich auch ein Prozess der Gesinnung, und Gesinnung haben die Verurteilten nur im nationalsozialistischen, aber nicht im reinen Sinne bewiesen! Niemand nähme es an sich den Zivilisten Wendt, Scheringer und Ludien übel, wenn sie Nationalsozialisten wären. Ein Rest, der für einen anständigen Menschen ebenso peinlich zu tragen sein sollte, wie für nationalsozialistische Offiziere die Uniform eines republikanischen Heeres, bleibt erst dann, wenn eben diese Leute eben diese Uniform anziehen. Niemand zwingt die Herren Wendt, Scheringer und Ludin zum Treueid auf die republikanische Staatsverfassung. Mögen sie Nationalsozialisten sein! Mögen sie in ihres Gottes Hitlers Namen wühlen, so viel sie wollen! Gesinnung zur Tat werden zu lassen ist das Recht des Revolutionärs. Aber das alles dürfen nur Zivilisten tun. Wer Offizier wird und einen Treueid leistet, ist verpflichtet, sich an diesen Treueid zu halten. Wer Offizier wird und einen Treueid leistet, darf

nicht zum Zwecke des Konspirierens und zum Zwecke des Erregens von Missvergnügen in den verschiedenen Wehrkreisen herumreisen. "Geschieht das", so heisst es in der mündlichen Urteilsbegründung, "so ist das ein schwerer Verstoß gegen die militärische Disziplin und ausserdem ein schwerer Treubruch gegen die Berufspflicht des Soldaten. Der Soldat hat sich nicht nur eines Angriffs auf die Verfassung zu enthalten, er hat sie auch zu schützen."

Natürlich soll der Soldat keine blosse Befehlsmaschine sein, um einen Ausdruck des Zeugen Leutnant Bergmann zu gebrauchen. Natürlich soll er auch denken und ein Herz haben, um abermals diesen Leutnant Bergmann zu zitieren. Aber wenn sein Denken ihn zu der Erkenntnis und sein Herz zu dem Gefühle führt dass ihm die Staatsform, auf die er den Treueid geleistet hat, aufs tiefste unsympathisch ist und dass ihm die Gegner dieser Staatsform, die Nationalsozialisten, innerlich so nahe stehen, dass er es sich nötigenfalls erst noch überlegen muss, ob er, wenn es befohlen wird, auf sie schiesst - da gibt es nur Eines, und dieses Eine heisst: den Abschied einreichen! Und wenn die zahlreichen Scheringers, Wendts und Ludins, die heute noch in der Reichswehr sind nicht von allein dieses Gefühl für persönliche Sauberkeit und Anständigkeit haben, dann muss es ihnen der politische Wille derer, die sagen "die Reichswehr wird republikanisch sein oder sie wird nicht sein" beibringen. Es geht nicht, dass die, die zum Schutze der Republik bestimmt sind, Feinde der Republik sind. Ludin schloss seine letzte Rede pathetisch mit Schillers Worten: Nichtswürdig ist die Nation, die nicht ihr Alles freudig setzt an ihre Ehre! Wir fügen hinzu: Und idiotisch ist das Volk, das sich seinen Feinden selbst ans Messer liefert.

Die Feinde der Republik glauben von sich, dass sie den Patriotismus gepachtet haben. Sie glauben, es gibt nur eine wahre Gesinnung der Vaterlandsliebe - und das ist die ihre. Eine genaue Definition dieser Gesinnung zu erhalten, war leider nicht möglich. "Das muss annersch wärn" sagen sie, wie Hauptmann's "Weber", wissen aber, von nachgeplapperten Naziphrasen abgesehen, ebensowenig wie jene, auf welche Weise. Wie die Herren Leutnants die Begriffe "national", "nationalistisch" und "nationalsozialistisch" durcheinandergeworfen haben - das war schon nicht mehr Unbildung, das war schon eine Weltanschauung. Es war dies jene verschwommene Weltanschauung, die sie der von ihnen andauernd zitierten "Weltanschauung des Marxismus, Pazifismus und Internationalismus" entgegensetzen wollten. Das ganze demokratische, das ganze linke Deutschland stand im Leipziger Prozess da, als ob es den Abschaum der Menschheit repräsentiere, der, bloss weil neuer Krieg und neuer Mord verhindert werden soll, nichts anderes im Sinne hat, als aus den gemeinsten materiellen Interessen heraus Deutschland zu schädigen. Wir haben es nicht nötig und wir halten es für unter unserer Würde, uns gegen den Geist von Ulm und München zu verteidigen. Aber im Namen Eberts, Rathenaus und Stresemanns und überhaupt im Namen aller derer, die mit ihrer Auffassung vom Befreiungskampf, die der entsprechenden Auffassung der verurteilten Leutnants allerdings etwas entgegengesetzt ist, schon ganz Beträchtliches im Interesse der deutschen Freiheit errreicht haben, muss dagegen protestiert werden, mit wieviel Nachsicht der Vorsitzende es zuliess, dass das neue Deutschland und sein Lebenswille vierzehn Tage lang vor den Schranken des höchsten deutschen Gerichtshofes unentwegt mit Dreck beschmissen worden ist.

Dass der Reichsanwalt in seinem Schlussplädoyer entschiedenere republikanische Töne anschlug, genügt nicht. Ist denn das Gericht nur dann für Politik zu haben, wenn es gilt, Herrn Hitler Gelegenheit zu einer blutrünstigen Rede und zu einem Reinigungseid zu geben?

Natürlich ist zu fragen, wie es zu einer solchen Verwirrung der Leutnantsherzen kommen konnte. Es wäre äusserlich geurteilt wenn man die Ulmer Gesinnung nur durch die nationalsozialistische Hetze erklären wollte. Die Hetze der Nationalsozialisten appelliert nur an die niedrigsten Instinkte - die Hochverräter von Ulm sind aber die schlechtesten Charaktere noch lange

nicht. Die Ulmer Hochverräter richteten sich gar nicht so sehr nach dem Inhalt von Agitationsschriften - ihre Lektüre war weniger Hitler als Clausewitz -, sie klammerten sich einfach an das Wort "Nationalsozialisten". Sie suchten eine Partei, die national und sozial sei; besonders Scheringer ist von ausgesprochen sozialer Einstellung, man hat das verschiedentlich in seinen Aussagen feststellen können. Wussten nun die Verurteilten nicht, dass beispielsweise auch die Weltanschauung des Liberalismus soziale Tendenzen hat? Wussten sie nicht, dass "national" und "international" nicht einander ausschliessende, sondern einander ergänzende Begriffe sind? Sie wussten es nicht. Die Republik hat ihnen in viel zu grosser Nachsicht die reaktionärsten und stupidesten Gymnasiallehrer gelassen. Die Republik hat nicht genug für ihre geschichtliche und nicht genug für ihre Allgemeinbildung getan. Hier ist nicht vieles wieder gutzumachen - hier ist neu anzufangen. Und zu allererst ist zu fragen: wer waren die Lehrer, bei denen die Leutnants ihre staatspolitische Ausbildung genossen? Erkennen wir doch endlich: mehr als in jedem anderen Volk ist bei dem deutschen die Garantie des Friedens auch eine Frage der soldatischen Erziehung.

Herr Rechtsanwalt Dr.Sack, der tüchtige Verteidiger Wendts und Scheringers, stellte in seinem Schlussplädoyer den Gegensatz: hier Idealismus - hier Materialismus auf, hier die Welt der Front - dort die Welt der Büros auf. Die junge Generation, führte Herr Dr.Sack aus, folgt ihrem eigenen Gesetz von Blut und Erde: sie will den Aufbruch der Nation. Ausgezeichnet Herr Dr.Sack! Aber mit Bruch des Treueides für eine volksfeindliche Partei werbend und herumreisend konspirieren - so wird nicht aufgebrochen! In einen Staat, der nur Naziherren und plebjsische Knechte kennt, und in einen neuen Krieg - dorthin wird auch nicht aufgebrochen!

Aufbruch - jawohl! Aber das eine wissen wir bestimmt, da wir nur Menschen und Menschlichkeit brauchen und kein kriegerisches und imperialistisches, sondern nur ein soziales Ziel haben: über Ulm und München geht die Reise nicht!

SPD. Wien, 4. Okt. (Eig. Drahtb.)

Heute haben die Wiener sozialdemokratischen Vertrauensmänner eine grosse Konferenz abgehalten, die sich mit den bevorstehenden Nationalratswahlen beschäftigte. Das Referat erstattete Bürgermeister Seitz. Ueber die finanzielle Rüstung zum Wahlkampf sprach der Obmann der Wiener Organisation Paul Richter. Gemäss seinem Vorschlag wurde beschlossen, einen wöchentlichen Wahlfondsbeitrag von mindestens 10 Groschen bis zu 2 Schilling zu erheben. Bei der Diskussion teilte Dr. Deutsch mit, die Parteileitung habe vertrauliche Nachrichten, dass der Minister des Innern Starhemberg den Schutzbund auflösen wolle. Die Partei müsse dementsprechende Forderungen stellen. Gemäss diesem Antrag erhielt der Parteivorstand die Ermächtigung zu einem Aufruf. In diesem Aufruf des sozialdemokratischen Parteivorstandes wird auf den Plan hingewiesen, den Schutzbund aufzulösen, und es wird erklärt, dass die österreichische Sozialdemokratie ebenso wie die Bruderparteien im Ausland immer ihre Ordner gehabt hat, die den Ordnungsdienst in Versammlungen, Demonstrationen usw. versehen. Werde der Schutzbund aufgelöst, so brauche die Partei wieder wie bis zum Jahre 1923 die Parteiordner und der Parteivorstand verfügt daher, dass jede Parteiorganisation sofort Ordnerabteilungen zu bilden hat, deren oberste Leitung einer Ordnerzentrale übergeben wird, mit deren Leitung der Parteivorstand den Genossen Dr. Julius Deutsch betraut hat. Der Sekretär der Arbeiterinternationale Dr. Friedrich Adler, der eben in Wien weilte, erklärte in der Debatte, wenn Starhemberg diesen Plan wirklich ausführen würde, würde das Ausland über die Zustände in Oesterreich am besten informiert werden. Er forderte auf, sich nicht provozieren zu lassen. Die Wahlen werden der Tag der Abrechnung sein und, wie er überzeugt ist, im Sinne der demokratischen Entwicklung Oesterreichs.

„Aus aller Welt“

Zuchthaus für Nazi=Mörder!

Der bestialische Ueberfall auf den Arbeiter Rassek. findet gerechte Sühne.

SPD. Im Prozess gegen die sechs nationalsozialistischen Mörder, die den Arbeiter Rassek nach einem Kampfschwur an Wessels Grab von hinten überfallen, fürchterlich misshandelt und dann erstochen haben, wurde am Sonnabend mittag das Urteil gefällt. Aschbrenner, der Hauptschuldige an der viehischen Mordtat, der seine Komplizen angestiftet hatte und an dem Verbrechen auch sonst hervorstechend beteiligt war, wurde zu sechs Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust, Staender, der die ersten Schläge geführt hatte, zu vier Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust verurteilt. Gegen Nimmert und Dietz wurde auf je zwei Jahre Gefängnis und gegen Wienicke und Zielinski auf je ein Jahr Gefängnis erkannt.

+

Die Zeugenvernehmung, die den Freitagnachmittag und die ersten Stunden der Sonnabend=Verhandlung ausfüllte, entrollte Zug um Zug ein grausiges Bild des faschistischen Blutrausches, dem hier, wie schon so oft, ein ruhiger, niemals Streit und Händel suchender Arbeiter zum Opfer gefallen war. Die Laubenkolonisten, die mit Rassek gemeinsam in der Kolonie "Daheim" ihren kleinen Acker bestellten, schilderten in erregten Worten, aus denen ihre tiefe Empörung zitterte, die schreckliche Tat und belasteten die Mörder, deren Verteidigung völlig zusammenbrach, aufs schwerste.

+

Dieses Urteil des Schwurgerichts III in Berlin=Moabit muss im Gegensatz zu vielen anderen Urteilen der letzten Zeit befriedigen. Wir wissen aber, dass fast schlimmer noch als die Verführten jene gewissenlosen Gesellen sind, die labile, krankhafte Menschen mit verbrecherischen Instinkten solange aufhetzen und aufputschen, bis sie zum Messer greifen und im Verhältnis 6 : 1 ihre Gegner überfallen. Und dann kommen sie sich meist noch als Helden vor.....!

+

+

+

Die City bebt --!

Wenn der Asphalt rebellisch wird. - Panik der Taxis. - Gerüchte um Hugenberg. - Der Marsch in die Erde. - Achtung, Rohrpostleitungen, ...!

Das hat Berlin noch nicht gesehen! - Am Vormittag, kurz nach 9 Uhr, begann es. Herrgott, was war da auf einmal mit der sonst so nüchternen Berliner City los, in der sich um diese Zeit der Berliner Betrieb im stürmischsten Tempo zu offenbaren pflegt? Ein Taxi, mitten in schneidiger Fahrt, fängt plötzlich zu schaukeln an wie eine Säuglingswiege. Der Fahrer, von panischem Schrecken ergriffen, zieht die Bremsen so scharf an, dass sich der Motor aufzubäumen scheint. Heiss knirschen die Bremsen. Man hört vereinzelt kopflos gewordene Passanten schreien. Aber was ist denn in aller Welt mit dem sonst so braven und geduldi-gen Berliner Asphalt los? Er mimt Erdbeben, dehnt sich wellenartig, zuckt und bäumt sich. Ein Mann rast keuchend vor Aufregung auf einen Feuermelder zu und schlägt ihn ein.

+

Ein Findiger, der auch in kritischen Augenblicken Sinn für Humor hat, sucht dem unheimlichen Ereignis mit einer recht plausiblen Erklärung auf die Spur zu kommen. Keine 15 Meter von der Unfallstelle entfernt, steht das Gebäude der Hu-

genberg'schen Lügenpresse. Sollte der Asphalt über den üblen Schmockiaden der antisemitisch-jüdischen Redakteure des "Lokalanzeigers" seine sonst so guten Berliner Nerven verloren haben?

Kurz vor 10 Uhr kommt der angetrunkene Asphalt zur Entladung. An der Ecke Friedrich- und Zimmerstrasse schießt eine riesige Luftsäule, mit Wasser vermischt, aus dem Bürgersteig. Sie schießt in Permanenz. Eine grosse Menschenmenge sammelte sich an, um die originelle Fontäne zu bestaunen. Der Verkehr stockt in beängstigendem Ausmasse. Die Taxis stehen Glied an Glied wie eine Kompanie Soldaten beim Kommando "rührt euch". Die ganz hinten, die nicht wissen, was vorn gespielt wird, hupen aufgeregt und wollen unbedingt die Passage frei haben.

Einige Minuten später erscheint die Polizei und sperrt die Strasse ab. Der Verkehr wird umgeleitet. Die von dem vor Aufregung keuchenden Mann alarmierte Feuerwehr erscheint mit mehreren Wagen, sozusagen in Premierenbesetzung. Dann kommen die Leute vom Fach. Experten für Hoch- und Tiefbau, würdige Baüräte mit ebenso würdigen Bärten. Und man beginnt auf der Jagd nach dem unheimlichen Phänomen den Erdboden aufzubrechen. Eine unübersehbare Menschenmenge hat sich angesammelt und sieht, von der Polizei in ordnungsgemässer Entfernung gehalten, dem Marsch in die Erde zu.

Eine geraume Zeit vergeht, bis man dem unterirdischen Geheimnis der Friedrichstrasse auf die Spur gekommen ist. Auch hier bestätigt sich der alte Satz: "Es kreisten die Berge und es ward ein Mäuslein geboren". Das Mäuslein war eine plötzlich wild gewordene Rohrpostleitung, die, von irgendwelchen Verdrängungen geplagt, komprimierte Luft ausgestossen hatte. Die Berliner Taxichauffeure aber wollen sich in Zukunft ein gemächlicheres Tempo angewöhnen. Man kann nämlich bei den vielen Rohrpostleitungen, die unter dem Berliner Asphalt durchlaufen, nie wissen.....!

K.B.

SA-Mann Gantzert obduziert. Die gerichtliche Obduktion des am 30. September in seiner Wohnung tot aufgefundenen Nationalsozialisten Gantzert hat einwandfrei ergeben, dass der Hitlermann Selbstmord verübt hat.

Zwei Missionarinnen ermordet. Wie die englische Gesandtschaft in Peking erfährt, sind zwei englische Missionarinnen in China von Räubern ermordet worden.

D-Zug fährt in Reisende. Auf dem Pariser Bahnhof St. Lazare hielt ein Vorortzug wegen Stromstörung etwa 100 Meter vor dem Bahnhof, sodass die Fahrgäste auf offener Strecke ausstiegen. Im gleichen Augenblick passierte ein D-Zug die Strecke und fuhr in die Reisenden hinein. 5 Personen wurden getötet und mehr als 30 schwer verletzt.

Verunglückter Arbeiteromnibus. Auf der Strecke Besse-Kassel stürzte ein Arbeiteromnibus, der mit 76 Personen besetzt war, eine steile Böschung hinab. Zahlreiche Fahrgäste gerieten unter das Auto. 10 Schwerverletzte mussten ins Krankenhaus überführt werden. Die erregten Fahrgäste stürzten sich auf den Chauffeur und verprügelten ihn.

Der Europaflug des D.2000. Am Sonnabend ist der viermotorige Junkers G 38 (D 2000) in Dessau zum grossen Europaflug gestartet, bei dem 15 Staaten überflogen werden sollen.

Kindertransport verunglückt. In der Oberpfalz stürzte ein mit 25 Schulkindern besetzter Kraftwagen eine hohe Böschung hinab. Vier Kinder trugen erhebliche Verletzungen davon.

Selbstmord eines politischen Flüchtlings. In einem Hotel auf Helgoland erschoss sich ein gewisser Sandor Hegessy, der nach den Feststellungen der Polizei einer reichen Budapester Kaufmannsfamilie entstammt. Hegessy, der eigentlich Grün heissen soll, war Mitglied der Kommunistischen Partei und trieb sich seit Monaten ohne Pass in Europa umher. Das Motiv seines Selbstmordes ist unbekannt.

Schiesslustiger Einbrecher. Am Sonnabend Morgen gegen 4 Uhr wurde der Gastwirt Hermann Jürgens in Wöbbelin (Mecklenburg) durch Geräusche geweckt. Als er die Tür seines Zimmers öffnete, stand vor ihm ein Einbrecher, der ihm mit einer Taschenlampe ins Gesicht leuchtete. In der rechten Hand hielt der Einbrecher eine Schusswaffe. Jürgens schlug mit seinem Ochsenziemer auf den Einbrecher los, der Eindringlich schoss mehrfach. Der Gastwirt wurde schwer verwundet, der Einbrecher floh. Die Verfolgung durch die Gendarmerie blieb erfolglos.

"Soll ich dich totschiessen?" In Köln erschoss ein 24jähriger junger Mann ein 20jähriges junges Mädchen. Das Mädchen war auf der Stelle tot. Der Mörder flüchtete, wurde aber nach wenigen Minuten durch das von Passanten alarmierte Ueberfallkommando verhaftet. Auf der Polizeiwache gab er an, das Mädchen vor drei Tagen kennengelernt zu haben; es habe sich bei ihm darüber beklagt, dass es zu Hause so schlecht behandelt werde. Er will das Mädchen gefragt haben: "Soll ich dich totschiessen?", schoss aber wohl schon, bevor er überhaupt eine Antwort erhalten hatte.

Nazis als Brandstifter. Vom Schöffengericht Mainz wurde der Nationalsozialist Fluhr zu 6 Monaten, der Nationalsozialist Schüttler zu 6 Wochen Gefängnis verurteilt, weil sie in der Nacht zum 7. August dieses Jahres nach der Heimkehr von einer nationalsozialistischen Versammlung einen Teil der Heuvorräte des schwerkriegsbeschädigten Landwirts Stallmann in Brand gesetzt haben. Vor Gericht erklärten die nationalsozialistischen Rüpel, dass Stallmann bei den Franzosen als Separatist tätig gewesen sei. Stallmann bestritt diese Behauptung beweiskräftig.

Kommunisten als Sprengstoffräuber. In Iserlohn konnten die Sprengstoffräuber, die vor 14 Tagen aus der Niederlage einer Tiefbaufirma 35 Kilo Amonyt-Gelatine entwendet hatten, von der Polizei in 6 jugendlichen Kommunisten ermittelt werden, die trotz ihres hartnäckigen Leugnens durch die Existenz sicheren Beweismaterials als überführt gelten. Bis auf einen geringen Rest konnte der Sprengstoff aufgefunden werden. Die Iserlohner Kommunisten planen grosse Demonstrationen als Sympathiekundgebungen für die Verhafteten.

Else Frenzels Vernehmung. Im Potsdamer Blutschandeprozess wurde am Sonnabend Else Frenzel, die älteste Tochter des Angeklagten, als Zeugin vernommen. Else Frenzel blieb bei ihrer Behauptung, dass ihr Vater niemals etwas Unsittliches von ihr verlangt habe. Ausserordentlich erregt ging es bei der Vernehmung des Luckauer Zuchthausinsassen Skandis, früher in Bornim, zu, der sich einmal dahin geäußert hatte, dass er Frenzel mit seiner Tochter Gertrud in verhänglicher Stellung beobachtet haben will. Skandis, der an sich bei seiner Behauptung blieb, musste zugeben, dass er aus bestimmten Gründen Rache habe an Frenzel nehmen wollen.

Gewerkschaftliche Rundschau

Arbeitskrise in England.

SPD. Die ununterbrochene sprunghafte Steigerung der Arbeitslosigkeit hat in der englischen Öffentlichkeit grösste Bestürzung und Unruhe hervorgerufen. Während Anfang des Jahres die Zahl der Arbeitslosen erst wenig mehr als 1,2 Millionen betrug, erreichte sie bereits Mitte des Jahres 1,8 Millionen und hat jetzt mit 2 140 000 registrierten Erwerbslosen einen seit dem Kriegsende noch nie erreichten Höchststand erlangt. Allein in der letzten Woche hatten die Arbeitsämter in England einen Zuwachs von 80 000 Erwerbslosen zu verzeichnen. Diese Zahlen sind weitaus bedrohlicher als sie auf den ersten Blick scheinen. Man muss berücksichtigen, dass England nur 43 Millionen Einwohner gegenüber 64 Millionen in Deutschland hat. Die Zahl von 2,14 Millionen Erwerbslosen in England würde daher einem Stande von 3,21 Millionen in Deutschland entsprechen.

Die Ursachen der englischen Arbeitslosigkeit unterscheiden sich grundsätzlich von den Krisenmomenten, die in Deutschland zu der jetzt bestehenden Massenarbeitslosigkeit geführt haben. Es fällt zunächst auf, dass seit dem Winter die Erwerbslosigkeit in England ununterbrochen zugenommen hat, so dass es den Begriff der saisonmässigen Frühjahrsentlastung des Arbeitsmarktes, den wir in Deutschland auch in Krisenjahren haben, gar nicht gibt. So liegt zur Zeit trotz der enormen Höhe die Zahl der Erwerbslosen in Deutschland um 800 000 Personen niedriger als im Februar dieses Jahres, während in England die Zahl der Erwerbslosen seit Ende Februar von 1,4 auf 2,14 Millionen, also um 740 000 gestiegen ist. Die Hauptgründe hierfür sind, dass England so gut wie keine Landwirtschaft besitzt, die in Saisonzeiten Arbeitskräfte in grösserem Umfange an sich zieht, ferner, dass das Baugewerbe längst nicht die Bedeutung hat wie in der deutschen Wirtschaft und schliesslich, dass Englands innerer Markt auch nicht in annähernd dem gleichen Umfange bei einer Weltkrise zum Konjunkturausgleich herangezogen werden kann, wie dies in Deutschland bei planmässiger Konjunkturpolitik möglich wäre.

Englands Abhängigkeit vom Weltmarkt und der Weltkonjunktur ist also erheblich grösser als die der deutschen Wirtschaft. Die Dauerkrise, die seit 1921 mit mehr oder minder starkem Druck auf der englischen Wirtschaft liegt und zur Folge hatte, dass die Erwerbslosigkeit in den letzten neun Jahren niemals den Stand von 1 Million (= 1,5 Mill. Erwerbsloser in Deutschland) unterschritt, ist in der Hauptsache eine Krise des englischen Exports. Die anhaltenden Schwierigkeiten der englischen Exportindustrien sind eine direkte Folge des Weltkrieges. Die wachsende Industriialisierung der überseeischen Länder in Verbindung mit den revolutionären Wirren in Indien und im fernen Osten mit deutlicher Spitze gegen Grossbritannien haben Grossbritanniens wichtigste Exportindustrie, die Textilindustrie, die mehr als 1,3 Millionen Arbeiter beschäftigt, in ihrem Innersten getroffen. In Indien wird englische Ware boykottiert, in Ostasien hat die japanische und amerikanische Textilindustrie die englischen Erzeugnisse niederkonkurriert und auch in Südamerika musste die britische Industrie ihre unumstrittene Führerstellung aus der Vorkriegszeit an die Vereinigten Staaten abgeben.

Krisenverschärfend wirkten sich die brutalen Lohnsenkungsangriffe der Textilbarone in Lancashire und Yorkshire aus, die in den Baumwolldistrikten einen 6 $\frac{1}{2}$ igen und in der Wollindustrie einen 5-6 $\frac{1}{2}$ igen Lohnabbau zur Folge hatten. In Lancashire hatte die Unternehmeroffensive einen dreiwöchentlichen Ar-

beitskampf von 500 000 Textilarbeitern zur Folge, der zwar erreichte, dass der geforderte 12%ige Lohnabbau um die Hälfte gemildert wurde, aber einen Verlust von 72 Millionen Arbeitsstunden und 60 Millionen Mark Lohnsumme nach sich zog. Die Drosselung des Lebensstandards von etwa einer Million Baumwoll- und Wollarbeitern hat die Absatzkrise in der Textilkrise unerträglich gesteigert, besonders da sich neben der Kaufkraftdrosselung auch die indische Boykottbewegung erst in diesem Jahre voll auswirkt.

Auch der Kohlenbergbau, der im vergangenen Jahre die ersten Anzeichen einer Besserung erkennen liess, ist von der Weltkrise mit voller Wucht getroffen worden, sodass zur Zeit etwa 250 000 Bergarbeiter erwerbslos sind. Erschwert wird die Lage der englischen Wirtschaft noch dadurch, dass der britische Unternehmer in der Rationalisierung weit zurückgeblieben ist, sodass auch bei einer Besserung der Weltkonjunktur der Beschäftigungsgrad in England nicht sogleich steigen wird, da die Konkurrenzfähigkeit der englischen Industrie weder mit den Vereinigten Staaten noch mit Deutschland Schritt halten kann. Die britischen Gewerkschaften haben seit Jahr und Tag die Forderung nach einer durchgreifenden Rationalisierung der englischen überalterten Industrie aufgestellt, ohne dass sie, vom Bergbau abgesehen, mit dieser Forderung durchgedrungen wären. Will England bei den bevorstehenden Kämpfen des Weltkapitals um die Absatzmärkte des Erz nicht noch weiter in den Hintergrund gedrängt werden und die Massenarbeitslosigkeit verringern, so muss seine Wirtschaft durch die Fegefeuer der Rationalisierung und Betriebskonzentration, auch wenn damit zunächst der Arbeitsmarkt neu belastet wird. Die britischen Gewerkschaften aber stehen vor der Aufgabe, jede weitere Schwächung der Massenkaukraft, die nun krisenverschärfend wird, mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln zu verhindern.

SPD. Die Zentralvorstände der dem Allgemeinen Deutschen Beamtenbund angeschlossenen freigewerkschaftlichen Kommunalbeamtenorganisationen haben sich mit der Herabsetzung der Gehälter von über 2500 Breslauer Gemeindebeamten und Dauerangestellten beschäftigt. Sie betrachten die Massnahmen der Aufsichtsbehörden gegen die Breslauer Besoldungsordnung als den Anfang eines planmässigen Vorgehens gegen die Bezüge der übrigen deutschen Kommunalbeamten. Deshalb bedauern sie besonders, dass der Magistrat der Stadt Breslau dem offenbar von den Aufsichtsbehörden ausgeübten, nach ihrer Ansicht unzulässigen Druck nachgegeben und durch Verzicht auf das gesetzliche Rechtsmittel die Rechtskraft der Gehaltskürzung herbeigeführt hat. Im Gegensatz zu allen anderslautenden Meldungen stellen die Gewerkschaften fest, dass die von der Gehaltskürzung für die Stadt Breslau zu erwartenden Ersparnisse nur rund 0.56 % ihres Gesamtetats ausmachen, während die Beamten zum Teil um 20 % und mehr in ihrem Einkommen gekürzt werden. Diese rigorosen Massnahmen waren nur in einem Verfahren möglich, in dem jede Rechtsgarantie für die betroffene Beamtenschaft vermisst werden musste und in dem für die Herabstufung unrichtige und zum Teil direkt unzulässige Vergleichsmassstäbe angewendet wurden. Die freien Kommunalbeamten-gewerkschaften werden den Rechtsweg beschreiten, um die Ungesetzlichkeit dieser Gehaltskürzungen gerichtlich feststellen zu lassen. Sie haben ferner alle Vorbereitungen getroffen, um zu verhindern, dass die Grundsätze und Massstäbe, die bei der Herabstufung der Breslauer Beamten angewendet wurden, die Grundlage zu weiteren Massnahmen der kommunalen Aufsichtsbehörden gegen die Beamten und Dauerangestellten der übrigen Kommunen ergeben. Von der Preussischen Staatsregierung wird erwartet, dass sie unverzüglich die staatlichen Aufsichtsbehörden anweist, von einer allgemeinen umfassenden Aktion gegen die seit mehr als zwei Jahren in Kraft befindlichen kommunalen Besoldungsordnungen abzusehen.

Rohstoffmärkte und Kartelle.

Produktionsdruck und Krise stärker als die Preisbindung.

SPD. Nach Meldungen aus Nordamerika tragen die Besucher der grossen Börse seit einiger Zeit kleine Knöpfchen mit der Inschrift, dass ihr Geschäft sehr gut geht. Es ist eines der vielen Mittel, mit denen man in Amerika gegen den Wirtschaftspessimismus ankämpft. Man wird mit Genugtuung den Willen zum Optimismus konstatieren, wird sich aber vor dem Irrtum zu hüten haben, dass die gewaltigen Erschütterungen auf den Rohstoffmärkten, die eine wichtige Ursache der internationalen Wirtschaftskrise darstellen, noch lange nicht abgetan sind. Der Zweckoptimismus hat gegenüber den Preistürzen an den Weltrohstoffmärkten eben so versagt wie die kartellmässigen Mittel, die vorzugsweise daraus auslaufen, eine Preisbesserung durch Produktionsregelung durchzusetzen.

Produktionseinschränkungen, wie sie von den grossen internationalen Rohstoffkartellen im letzten Jahr versucht worden sind, können unter Umständen dem Gedanken einer Bedarfsdeckung entsprechen, der ohne Zweifel geeignet ist, die völlig auf den Kopf gestellten Rohstoffmärkte zu reorganisieren. Man kann auch nicht sagen, dass der Preissturz bei den Rohstoffen unmöglich gewesen sei. Die Preise für die Massengüter liegen beispielsweise tief. Dass der katastrophale Preissturz die Kaufstätigkeit jedoch nicht angeregt hat, ist eben auf die Krise in der Verarbeitung zurückzuführen. Die Fertigwarenpreise liegen trotz einer beispielsweise Lohnreduzierung zu hoch. Die kartellmässigen Mittel scheitern eben an der Krise, an der Zurückhaltung der Käufer, an dem schwindenden Bedarf der Verarbeitungsindustrien. Dem gegenüber haben selbst Konzerne bzw. Rohstoffgruppen versagt, die straff organisiert sind und über beträchtliche Mittel verfügen. So ist es dem Bleipool, der die grossen englischen Hütten und Finanzgesellschaften erfasst, nicht gelungen, den Bleipreis zu halten. Nachdem man den Preis eine Zeitlang getrieben hatte, brach das künstliche Gebäude Mitte September zusammen. Und wenn jetzt auch von manchen Seiten die Ansicht vertreten wird, dem Preisrückgang werde bald wieder eine Erholung folgen, so hält der Pool anscheinend selbst diese Erholung nur für vorübergehend. Die ungünstige Bausaison beeinflusst den Markt eben äusserst ungünstig. Das selbe ist für Zink und Zinn zu konstatieren. Gerade bei Zinn haben trotz des im Vergleich zu den letzten Jahren niedrigen Preisstandes die Bestandansammlungen und die Versuche, den Markt zu stützen, zu keinem Erfolg geführt. Selbst das Kupferkartell hat seine Preise weiter abbauen müssen. Auf dem Papier gelang es allerdings, den Preis von 11,30 Cents pro englisches Pfund frei europäischer Küste zu halten. Das hatte zur Folge, dass die Verkäufe immer kleiner wurden und schliesslich ganz aufhörten. Als die Unterbietungen durch die Löhnhütten grösser wurden, sah sich das Internationale Kupferkartell veranlasst, den Preis auf 10,80 Cents herunterzusetzen, ohne dass der Markt die Ueberzeugung bekommen hätte, dass das die letzte Preisreduzierung des Kupferkartells ist.

Bei der Bewegung der Rohstoffpreise muss man immer wieder in Betracht ziehen, dass der Preisdruck nicht nur von der Verkaufsseite her, sondern auch - vielleicht noch stärker - von der Produktionsseite erfolgt. Die Produktion hat sich nicht nur verbilligt, sondern auch ausgeweitet. Die Krise kann erst überwunden werden, wenn die Betriebe, die die Gestehungsverbilligung nicht im

genügenden Masse mitgemacht haben, ausgeschieden sind. Ganz deutlich ergibt sich das auf dem Gummimarkt. Der Preis für Gummi ging in London auf 4 d zurück. Man muss sich klar machen, was das bedeutet und zwar heisst das: der Gummipreis ist in den besten Nachkriegszeiten 10 mal so gross gewesen als heute. Es ist klar, dass zu diesem Preis eine ganze Reihe von Betrieben keinen Gummi mehr produzieren kann. Nach Nachrichten sollen dadurch u. a. auch die Eingeborenenpflanzungen betroffen werden. Dem gegenüber erweist sich der grosse Plantagenbau konkurrenzfähiger. So hat eine der grössten Firmen, die bekannten Dunlop-Rubber-Company, die grosse Plantagen betreibt, erklärt, dass ihre Selbstkosten weiter unter 4 d lägen und dass es durchaus möglich sei, sie schon in der nächsten Zeit auf und unter drei zu drücken. Hier vollzieht sich also ein Auslese- und Ausscheidungsprozess in der Rohstoffproduktion, der woanders, z. B. in der Kaffeeproduktion, durch staatliche Eingriffe verhindert wird. So manipuliert die brasilianische Kaffeekasse die Märkte und die Preise weiter, obwohl das gegen den klaren Sinn der letzten Anleiheverträge verstösst. Der Kaffeekasse ist es auch gelungen, den Preisstand zu behaupten. Allerdings hat sie keine grossen Geschäfte machen können und man scheint jetzt wieder zu dem altbewährten Mittel zu greifen, und die Mittel durch Prophezeiung von schlechten Ernten treiben zu wollen. In Briefen aus Brasilien wird von der angeblich ungünstigen Witterung dieses Herbstes (in Brasilien Frühjahr) erzählt, die auf drei schlechte Kaffeenernten schliessen liessen; Augenscheinlich wird dem Kaffeemarkt der Preissturz nicht erspart bleiben, der auf einem verwandten Markt, den Zuckermarkt, erfolgte. Dieser Markt steht unter dem Druck der Tatsache, dass die nächste kubanische Ernte wahrscheinlich sehr gross ausfallen wird. Jedenfalls ist die Anbaufläche dort vermehrt worden. Ausserdem sind die Aussichten für die europäische Zuckerrüben-ernte recht günstig geblieben. Angesichts der Erfahrungen, die man mit kartellmässigen Mitteln gemacht hat, sind die Aussichten für internationale Vereinbarungen äusserst gering.

SPD. Der Reichsrat hat sich im Rahmen des Depot- und Depositengesetzesentwurfs mit der Frage der Bausparkassen beschäftigt. In der Regierungsvorlage war lediglich vorgesehen, dass die Bausparkassen eine bestimmte Rechtsform haben müssen und dass sie der Aufsicht des Reichsaufsichtsamtes für Privatversicherung unterstellt werden. Von einer materiellen Regelung des Bausparkassenwesens hingegen wollte der Regierungsentwurf noch absehen. Der Reichswirtschaftsrat vertritt dem gegenüber den Standpunkt, dass den schweren Misständen, die im Bausparkassenwesen bereits eingerissen sind, nur gesteuert werden könne, wenn in einigen wichtigen Punkten (Kapitalbasis der Bausparkassen, Reservenbildung, Sicherung der Baudarlehen) auch eine materielle Regelung Platz greife. Der Reichsrat konnte sich zu einer solchen Regelung nicht entschliessen. Er begnügte sich mit der Unterstellung der Prospekte der Bausparkassen unter die Kontrolle des Reichsaufsichtsamtes und nahm im übrigen den Regierungsentwurf unverändert an.

Diese Entscheidung des Reichsrats ist sehr zu bedauern. Man war im Reichswirtschaftsrat mit Recht zu der Ueberzeugung gelangt, dass der Staat die Dinge auf dem Gebiet des Bausparwesens nicht weiter treiben lassen dürfe, sondern dass Massnahmen zum Schutze der Bausparer ergriffen werden müssten, die die Bausparkassen zu jenem Minimum an Solidität zwingen, das in allen anderen Zweigen des Kreditwesens selbstverständlich ist. Es wird die Aufgabe des Reichstags sein, die Grundgedanken des Gutachtens des Reichswirtschaftsrats wieder herzustellen.

SPD. In der letzten Woche sind vom Reichskabinett innerhalb der Getreidewirtschaft wiederum zwei Massnahmen getroffen worden, die ohne Rücksicht auf die allgemeine wirtschaftliche Lage allein den Zweck verfolgen sollen, den Weizenpreis hoch zu treiben. Es ist dies die Erhöhung des Weizenzolls von 15 auf 18,50 Mark, wodurch automatisch auch der Mehlzoll auf 38,50 Mark gesteigert wurde. Ferner ist der Vermahlungszwang für inländischen Weizen für die Monate Oktober, November von 60 auf 80 % heraufgesetzt. Diese beiden Massnahmen sind von der Regierung Brüning-Schiele "angesichts des starken Rückganges der Weizenpreise auf dem Weltmarkt", wie es in diesem amtlichen Kommuniqué heisst, getroffen worden.

Dadurch wird aber erreicht, dass der Unterschied zwischen Weltmarktpreisen und Inlandspreisen noch zunimmt und die Lebenshaltungskosten hierdurch erhöht werden. Wie durch den hohen Weizenzoll (er beträgt jetzt mehr als das Dreifache des Zollsatzes vor dem Kriege), der Getreidepreis verteuert wird, ersieht man aus einer Gegenüberstellung der Weltmarktpreise und der Inlandspreise für Weizen. In Rotterdam wird jetzt Weizen für Oktoberlieferung mit 112 Mark je Tonne notiert, während in Berlin die Oktoberterminnotierung 241 Mark beträgt. Der deutsche Weizenpreis liegt also 115 % über dem Weltmarktpreis, d.h. die Preise für Weizen in Deutschland sind mehr als doppelt so hoch als auf dem Weltmarkt. Ausserdem soll die Zollerhöhung die durch die Verschärfung des Vermahlungszwanges verminderte Einfuhr an Weizen und damit verbundene Verminderung der Zolleinnahmen ausgleichen. Schon jetzt beträgt die Belastung der Konsumenten durch den Weizenzoll 120 Millionen Mark.

Auch die Erhöhung des Vermahlungszwanges für Weizen auf 80 % muss sich für die Verbraucher schrecklich auswirken. Da zur Herstellung eines guten backfähigen Mehls deutscher Weizen nur vermischt mit ausländischem Hartweizen Verwendung finden kann, betrug der Anteil des ausländischen Weizens an dem Gesamtverbrauch bisher rund 40 %. Müssen aber die Mühlen das Mehl zumindestens $\frac{4}{5}$ aus deutschem Weizen herstellen, so ist hiermit eine Verschlechterung des Mehls und damit des Brotes verbunden. Auch im Interesse der Landwirtschaft liegt es nicht wenn durch eine zu starke Verwendung deutschen Weizens die Mehlqualität verringert und dadurch der Mehlabatz eingeschränkt wird. Man täte also gut daran, sich zu überlegen, für den November die Vermahlungsquote wieder auf die technisch zulässige Höhe von 60 % herabzusetzen.

Angesichts der durch die schwere Krise verursachten Arbeitslosigkeit und der drohenden Gehalts- und Lohnkürzung ist jedes Herauftreiben der Preise im Interesse der Allgemeinheit unverzeihlich. Durch Massnahmen, welche den Unterschied zwischen den Weltmarktpreisen und Inlandspreisen immer grösser werden lassen, kann die jetzt herrschende Krise niemals abgekürzt werden.

SPD. In den Aufsichtsrat der I.G. Farbenindustrie wurde als Angestelltenvertreter Georg Büttner-Frankfurt (A) mit 58 Stimmen und als Arbeitervertreter Georg Sparrer-Leverkusen (freigewerkschaftliche Richtung) mit 158 Stimmen wiedergewählt. Der Kandidat des Deutschnationalen Handelsgehilfenverbandes erhielt 36 und der des Deutschen Werkmeisterverbandes 18, die Liste der kommunistischen Arbeiterkandidaten 33 und die der Christlichen Gewerkschaften 27 Stimmen.

Roggen besser.

(Berliner Getreidebörse vom 4. Okt.)

SPD. Auch an der Berliner Produktenbörse vom Sonnabend herrschte feste Stimmung. Die Notierungen am Markte der Zeitgeschäfte gingen schon bei der Eröffnung um etwa 2 Mark in die Höhe, um sich im Verlaufe der Börse bei Weizen um 1, bei Roggen um 2 Mark weiter zu befestigen. Allerdings bewegte sich die Umsatztätigkeit in engen Grenzen. An prompter Ware blieb das Weizen- und Roggenangebot gleichfalls sehr knapp. Da die Mühlen und der Handel infolge des besseren Mehlgeschäfts gute Kauflust zeigten, konnten sich die Preise auch hier um ca. 2 Mark für beide Brotgetreidearten befestigen. Das Mehlgeschäft kann zwar noch nicht als besonders lebhaft bezeichnet werden, es hat sich jedoch schon merklich gebessert. Die Mühlen haben demzufolge ihre Preise um 25, teilweise sogar um 50 Pfennig je Sack erhöht. Auch Hafer und Gerste hatten etwas festere Tendenz. Indessen erstreckt sich die Kauflust nur auf feinere Qualitäten, während geringe Sorten vernachlässigt bleiben.

	3. Okt.	4. Okt.
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	226 - 228	228 - 230
Roggen	150 - 151	151 - 152
Braugerste	195 - 218	195 - 218
Futter- und Industrierogerste	168 - 182	168 - 182
Hafer	147 - 160	147 - 160
Weizenmehl	26,75 - 35,00	27,00 - 35,25
Roggenmehl	23,25 - 26,75	24,00 - 27,00
Weizenkleie	7,25 - 7,75	7,50 - 8,00
Roggenkleie	7,00 - 7,25	7,25 - 7,50

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Oktober 246-247 (Vortag: 243½), Dezember 258-259 (256), März 273-274 (271½). Roggen Oktober 167-168 (165), Dezember 185-187 (182½), März 199-200 (197½), Hafer Oktober 154-156 Geld (151½), Dezember 168½-169½ (166), März 183 (179¾).

Buttermarkt.

SPD. Offizielle Feststellung der Berliner Butternotierungskommission vom 4. Oktober: I. 130 Mark, II. 118 Mark, III. 102 Mark je Zentner. Tendenz: ruhig.

SPD. Nach dem sechsten Jahrbuch des Internationalen Gewerkschaftsbundes beträgt die Zahl der organisierten Arbeiter auf der ganzen Erde 44,1 Millionen, wovon 35,3 Millionen auf Europa und 6,9 Millionen auf Amerika entfallen. Freigewerkschaftlich sind 19,8 Millionen, kommunistisch 11,7 Millionen und konfessionell 2,1 Millionen Arbeiter organisiert, während 10,1 Millionen sich auf verschiedene Splitterorganisationen verteilen.